

Brück, Christiane

Article — Digitized Version

Konjunktur-Schlaglicht: Defizitabbau in den USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Brück, Christiane (1997) : Konjunktur-Schlaglicht: Defizitabbau in den USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 5, pp. 301-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137482>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

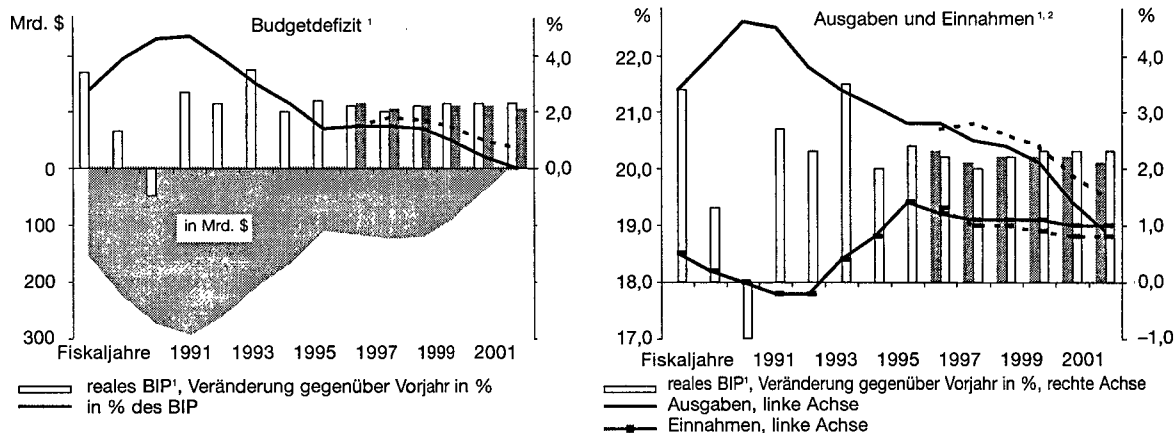
Konjunktur-Schlaglicht: Defizitabbau in den USA

Länger schon als in Europa ist die Finanzpolitik in den USA auf Konsolidierung gerichtet. Das Defizit im Bundeshaushalt machte im vergangenen Jahr nur noch rund 1,5% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus, nach annähernd 5% zu Beginn der neunziger Jahre (vgl. Schaubild). Damit ist es wieder so niedrig wie zuletzt Ende der siebziger Jahre. Die deutliche Verringerung des Defizits wurde durch den langen Konjunkturaufschwung begünstigt; so führte vor allem die im gegenwärtigen Aufschwung relativ hohe Elastizität des Aufkommens aus der Einkommensteuer zu einem merklichen Anstieg der Steuereinnahmen insgesamt. Etwa zur Hälfte ist die Verringerung jedoch das Ergebnis diskretionärer Maßnahmen im Rahmen der Konsolidierungsgesetze seit 1990, so daß insgesamt auch das strukturelle Defizit merklich verringert wurde.

Trotz der beachtlichen Fortschritte soll die Konsolidierung in den USA zügig fortgesetzt werden, schon wegen der hohen Staatsschulden und der damit verbundenen Zinslasten. Nicht zuletzt bleibt die Konsolidierung aber auch wichtig, weil langfristig – wie in anderen Industrieländern – mit der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft die Rentenleistungen erheblich anschwellen werden. Regierung und Opposition haben sich daher dem Ziel eines Budgetausgleichs bis zum Jahre 2002 verschrieben.

Nach den Projektionen der Regierung wird dies bei unvermindert steigendem Steueraufkommen durch die vorgesehenen weiteren Einsparungen beim öffentlichen Konsum gelingen. Das – unabhängige – Haushaltsbüro des Kongresses erwartet dagegen bei etwas ungünstigeren Annahmen über

USA: Fortschritte bei der Budgetkonsolidierung



¹ Ab Fiskaljahr 1996/97: Prognosen und Schätzungen des Budgetbüros des Präsidenten; gestrichelt bzw. schattiert: Budgetbüro des Kongresses (Stand 28. 4. 1997). – ² In % des BIP.

Der Konsolidierungserfolg resultiert vor allem aus einer strikten Begrenzung der Ausgaben. In Relation zum BIP betragen sie im vergangenen Fiskaljahr nur noch etwa 20%, nach rund 23% Anfang der neunziger Jahre. Der weitaus größte Sparbeitrag entfiel dabei auf den Verteidigungshaushalt. Angesichts des Zusammenbruchs des Warschauer Paktes wurden die Verteidigungsausgaben gemessen am BIP von annähernd 6% auf zuletzt 3,6% verringert, ihr Anteil an den Gesamtausgaben sank von rund 30% Mitte der achtziger Jahre auf zuletzt 17%. Im Gegensatz dazu gab es bislang bei den Sozialausgaben, insbesondere im staatlichen Gesundheitswesen und in der Sozialversicherung, kaum eine Begrenzung der starken Ausgabendynamik.

den weiteren Konjunkturverlauf und damit über die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen für das Jahr 2002 noch einen Fehlbetrag von rund 70 Mrd. \$; dies entspräche allerdings lediglich 0,7% des BIP. Will die Regierung also das selbst gesteckte Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts bis zum Jahre 2002 erreichen und dabei nunmehr auch die strukturellen Fehlentwicklungen angehen, werden Reformen auch bei den bislang weitgehend ausgeklammerten Anspruchsleistungen unumgänglich, nachdem das Einsparpotential bei den Gestaltungsleistungen nach den bisherigen drastischen Einschnitten weitgehend ausgeschöpft scheint.

Christiane Brück, Tel. 040-35 62 412